

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [BGB: gesetzliches Erbrecht des entfernteren Abkömmlings](#)
Urteil 13.04.2011, IV ZR 204/09
2. [InsO: Erlöschen einer Dienstbarkeit trotz Kündigungssperre](#)
Beschluss 07.04.2011, V ZB 11/10
3. [ZPO: Berufung nach übereinstimmender Teilerledigungserklärung](#)
Beschluss 12.04.2011, VI ZB 44/10
4. [ZPO: Berücksichtigung der vorgerichtlichen Anwaltskosten bei Berechnung des Beschwerdewerts](#)
Beschluss 05.04.2011, VI ZB 61/10
5. [VOB/B: Wegfall der Geschäftsgrundlage bei Einheitspreisvereinbarung mit bestimmter Menge](#)
Beschluss 23.03.2011, VII ZR 216/08
6. [InsO: Beeinträchtigung der Gläubigerbefriedigung](#)
Beschluss 14.04.2011, IX ZA 51/10
7. [ZPO, InsO: sofortige Beschwerde des Insolvenzverwalters gegen Zwangsgeld](#)
Beschluss 07.04.2011, IX ZB 170/10
8. [VAHRG: Ausgleichsrente bei Wiederverheiratursklausel](#)
Beschluss 13.04.2011, XII ZB 122/09
9. [VAHRG, BGB: Ausgleich einer Rentenlebensversicherung mit Kapitalwahlrecht](#)
Beschluss 06.04.2011, XII ZB 89/08

Urteile und Beschlüsse:

1. BGB: gesetzliches Erbrecht des entfernteren Abkömmlings

Urteil 13.04.2011, IV ZR 204/09

BGB §§ 1924 Abs. 2, 2303 Abs. 1, 2309

a) Ein gesetzliches Erbrecht des entfernteren Abkömmlings besteht auch dann, wenn der nähere Abkömmling durch Verfügung von Todes wegen enterbt wurde (Anschluss an RGZ 61, 14; 93, 193).

b) § 2309 BGB setzt eine Pflichtteilsberechtigung des entfernteren Abkömmlings voraus, beschränkt diese aber zur Vermeidung einer Vervielfältigung der Pflichtteilslast.

Ob dem näheren Abkömmling wirksam der Pflichtteil entzogen wurde, kann auch in dem Rechtsstreit über den Pflichtteilsanspruch zwischen dem entfernteren Abkömmling und dem Erben geklärt werden.

2. InsO: Erlöschen einer Dienstbarkeit trotz Kündigungssperre

Beschluss 07.04.2011, V ZB 11/10

BGB § 1090, InsO § 112

Die Kündigungssperre des § 112 InsO hindert nicht das Erlöschen einer Dienstbarkeit, welche das aus einem Mietvertrag folgende Nutzungsrecht an dem belasteten Grundstück sichert und unter der auflösenden Bedingung steht, dass über das Vermögen des Berechtigten ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, wenn diese Bedingung vor dem Sicherungsfall eintritt.

3. ZPO: Berufung nach übereinstimmender Teilerledigungserklärung

Beschluss 12.04.2011, VI ZB 44/10

ZPO § 4 Abs. 1 Halbsatz 2, § 91a Abs. 1 Satz 1, § 511 Abs. 2 Nr. 1

Wird nach übereinstimmender Teilerledigungserklärung durch Urteil zugleich in der Hauptsache und über die Kosten des erledigten Teils entschieden, so ist die Berufung nur zulässig, wenn der nicht erledigte Teil der Hauptsache die Berufungssumme erreicht.

4. ZPO: Berücksichtigung der vorgerichtlichen Anwaltskosten bei Berechnung des Beschwerdewerts

Beschluss 05.04.2011, VI ZB 61/10

ZPO § 4, ZPO § 511

Soweit das Erstgericht die Klage wegen eines Anspruchs auf Erstattung vorgerichtlicher Anwaltskosten abgewiesen hat, bleibt der Wert dieser Forderung bei der Berechnung des für die Berufung des Beklagten maßgeblichen Beschwerdewerts (§ 511 Abs. 2 Nr. 1 ZPO) unberücksichtigt.

5. VOB/B: Wegfall der Geschäftsgrundlage bei Einheitspreisvereinbarung mit bestimmter Menge

Beschluss 23.03.2011, VII ZR 216/08

VOB/B § 2 Nr. 3; BGB § 313

- a) Ein Rückgriff auf die gesetzlichen Regelungen zum Wegfall der Geschäftsgrundlage kommt grundsätzlich nicht in Betracht, soweit eine vertragliche Regelung wie § 2 Nr. 3 VOB/B (jetzt: § 2 Abs. 3 VOB/B) vorliegt.
- b) Die Anwendung der gesetzlichen Regelungen zum Wegfall der Geschäftsgrundlage ist jedoch möglich, wenn die Parteien einer Einheitspreisvereinbarung ausnahmsweise eine bestimmte Menge zugrundegelegt haben und diese Menge überschritten wird.

6. InsO: Beeinträchtigung der Gläubigerbefriedigung

Beschluss 14.04.2011, IX ZA 51/10

InsO § 296 Abs. 1

Eine Beeinträchtigung der Gläubigerbefriedigung liegt auch dann vor, wenn die vom Schuldner nicht abgeführten Beträge lediglich zur (teilweisen) Deckung der Verfahrenskosten ausreichen.

7. ZPO, InsO: sofortige Beschwerde des Insolvenzverwalters gegen Zwangsgeld

Beschluss 07.04.2011, IX ZB 170/10

InsO §§ 6, 7, 58, RPflG § 11 Abs. 2

- a) Der Insolvenzverwalter kann die sofortige Beschwerde gegen die Festsetzung eines Zwangsgeldes, mit dem er zur Vornahme einer bestimmten Handlung angehalten werden soll, nicht mit Einwendungen gegen die Zulässigkeit der vom Insolvenzgericht getroffenen Aufsichtsordnung bekämpfen.
- b) Die sofortige Beschwerde gegen die Androhung eines (weiteren) Zwangsgeldes gegen den Insolvenzverwalter ist unstatthaft.

8. VAHRG: Ausgleichsrente bei Wiederverheirathungsklausel

Beschluss 13.04.2011, XII ZB 122/09

VAHRG § 3 a

Enthält eine Versorgungsordnung die Regelung, dass ein Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung wegfällt, wenn der Witwer oder die Witwe wieder heiratet (sog. Wiederverheirathungsklausel),

kann ein geschiedener, wieder verheirateter Ehegatte von dem Träger der Versorgung auch dann nicht die Zahlung einer Ausgleichsrente im Wege des verlängerten schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs verlangen, wenn die zweite Ehe nach dem Tod des früheren Ehemannes, aber vor Eintritt in das Rentenbezugsalter geschlossen wird (im Anschluss an Senatsbeschluss vom 7. Dezember 2005 - XII ZB 39/01 - FamRZ 2006, 326).

9. VAHRG, BGB: Ausgleich einer Rentenlebensversicherung mit Kapitalwahlrecht

Beschluss 06.04.2011, XII ZB 89/08

BGB § 1587 Abs. 1 aF, § 1587 a Abs. 2 Nr. 5, VAHRG § 3 b Abs. 1

Auszugleichen im Versorgungsausgleich sind grundsätzlich auch die zur Kreditsicherung einer Baufinanzierung abgetretenen Anrechte aus einer Rentenlebensversicherung mit Kapitalwahlrecht.